

Antrag

der Abgeordneten Peter Rauen, Dr. Angela Merkel, Friedrich Merz, Michael Glos, Horst Seehofer, Gunnar Uldall, Karl-Josef Laumann, Gerda Hasselfeldt, Hansjürgen Doss, Dietrich Austermann, Wolfgang Lohmann (Lüdenscheid), Cajus Caesar, Norbert Barthle, Otto Bernhardt, Renate Blank, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Sylvia Bonitz, Jochen Borchert, Klaus Brähmig, Leo Dautzenberg, Herbert Frankenhauser, Erich G. Fritz, Jochen-Konrad Fromme, Hans-Joachim Fuchtel, Georg Girisch, Kurt-Dieter Grill, Carl-Detlev Freiherr von Hammerstein, Hansgeorg Hauser (Rednitzhembach), Klaus Hofbauer, Susanne Jaffke, Bartholomäus Kalb, Steffen Kampeter, Ulrich Klinkert, Hans Michelbach, Dr. Gerd Müller, Elmar Müller (Kirchheim), Günter Nooke, Friedhelm Ost, Eduard Oswald, Dr. Bernd Protzner, Hans-Peter Repnik, Dr. Heinz Riesenhuber, Adolf Roth (Gießen), Anita Schäfer, Hartmut Schauerte, Heinz Schemken, Karl-Heinz Scherhag, Norbert Schindler, Diethard Schütze (Berlin), Wolfgang Schulhoff, Gerhard Schulz, Heinz Seiffert, Margarete Späte, Dorothea Störr-Ritter, Max Straubinger, Klaus-Peter Willsch, Matthias Wissmann, Dagmar Wöhrl, Elke Wülfing und der Fraktion der CDU/CSU

Zehn-Punkte-Programm zur Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft und des Arbeitsmarktes

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

A. Wachstumsschwäche droht in Rezession umzuschlagen

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland hat sich in den letzten Monaten in Besorgnis erregendem Tempo verschlechtert. Dabei sind die derzeitigen Kernprobleme der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt nicht konjunktureller, sondern struktureller Art.

Vier der sechs führenden Wirtschaftsinstitute haben ihre Wachstumsprognosen für dieses Jahr deutlich nach unten korrigiert. Das Institut für Weltwirtschaft und die renommierte amerikanische Investmentbank Goldman Sachs erwarten für 2001 nur noch ein reales Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 1,3 %. Teile der Bundesregierung gehen für das laufende Quartal schon von einem Nullwachstum aus.

Die deutsche Industrieproduktion (ohne Bau) ist im März 2001 gegenüber dem Vormonat um 2,9 %, im April 2001 nochmals um 0,9 % zurückgegangen. Die überwiegend mittelständisch geprägte Bauwirtschaft befindet sich in einer existenzbedrohenden Krise. Von Januar bis April 2001 verringerte sich der Umsatz

in der Bauwirtschaft gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 12,3 %. Die Zahl der Beschäftigten hat sich dort innerhalb eines Jahres um 121 000 oder 11,3 % auf nur noch 942 000 verringert.

Konjunkturelle Frühindikatoren lassen eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage befürchten. Der Ifo-Geschäftsklimaindex ist seit Jahresbeginn 2001 kontinuierlich gefallen. Im Mai ist der Geschäftsklimaindex für Westdeutschland nochmals zurückgegangen.

Es besteht damit die reale Gefahr, dass die Wachstumsschwäche in eine Rezession mündet. Wir haben in Deutschland kein Wachstum aus eigener Kraft. Deutschland ist in Europa je nach Indikator auf den letzten bzw. einen der letzten Plätze abgerutscht.

B. Gleichzeitig steigt die Inflation auf Rekordniveau

Mit 3,5 % hat die Inflation im Mai 2001 den höchsten Stand seit Ende 1993 erreicht. Ein Großteil dieses Preisanstieges geht auf die insbesondere durch die Ökosteuer und den schwachen Euro verursachte Verteuerung der Energie zurück. Im Verkehrswesen (Taxi, Bus, Bahn) sind die Preise alleine im Monat Mai 2001 im Vergleich zum Vormonat um 1,2 % gestiegen.

Dies hat schlimme Folgen – insbesondere für Arbeitnehmer, Rentner und Familien. Letztlich wird ihnen in diesem Jahr weniger Geld in der Tasche bleiben.

- Die ohnehin geringen steuerlichen Entlastungen werden von den Preissteigerungen vollständig aufgezehrt. Die Binnennachfrage wird sich damit nicht beleben. Damit bleiben die dringend benötigten Wachstumsimpulse aus.
- Die Arbeitnehmer haben sich im vergangenen Jahr in der Hoffnung auf Preisstabilität zu moderaten Tarifabschlüssen bereit gefunden. Jetzt werden sie von der Bundesregierung im Stich gelassen und müssen reale Kaufkraftverluste hinnehmen. Niemand braucht sich zu wundern, wenn sie im Rahmen der nächsten Tarifrunden einen Ausgleich fordern würden. Damit ist dem Bündnis für Arbeit endgültig die Grundlage entzogen.
- Auch die Rentner müssen zusehen, wie die Rentensteigerung dieses Jahres in Höhe von knapp 2 % von den steigenden Preisen mehr als aufgeessen wird.

C. Saisonbereinigt steigt die Arbeitslosigkeit seit Anfang des Jahres wieder an

- Die Zahl der Arbeitslosen ist im Mai 2001 saisonbereinigt weiter gestiegen und lag zuletzt um 60 000 höher als zum Ende des Jahres 2000. Und dies trotz der Tatsache, dass im Mai mehr Menschen an Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik teilnahmen als noch einen Monat zuvor und die demographische Entwicklung den Arbeitsmarkt weiterhin um rund 200 000 Personen jährlich entlastet.
- Die Zahl der Erwerbstätigen stagniert seit Dezember 2000. Das tatsächliche Beschäftigungsvolumen in Erwerbstätigenstunden gerechnet hat bereits im gesamten letzten Jahr nicht zugenommen.
- Zudem hat sich die Arbeitslosigkeit bundesweit weiter verfestigt. Rund 1,3 Millionen Menschen – und damit jeder dritte Arbeitslose – sind seit über einem Jahr arbeitslos. Die Beschäftigung steigt nicht mehr an.
- Die Zahl der Erwerbstätigen ist seit Januar dieses Jahres saisonbereinigt sogar um 5 000 Arbeitsplätze zurückgegangen.
- Besonders schwierig ist die Lage in den neuen Bundesländern: Hier hat sich die Zahl der Arbeitslosen gegenüber dem Vorjahr um 6 000 und die Zahl der Langzeitarbeitslosen sogar um 14 000 erhöht.

D. Die Beitragsbelastung zur Sozialversicherung steigt

Die schlechte Verfassung des Arbeitsmarktes hat gravierende Auswirkungen auf die finanzielle Stabilität der sozialen Sicherungssysteme und damit auf die Beitragssatzstabilität. Das Ziel der Bundesregierung, die Beiträge zur Sozialversicherung auf unter 40 % zu senken, ist illusorisch geworden.

- Die bereits erfolgten Beitragsanhebungen bei den gesetzlichen Krankenkassen sind deutliche Warnsignale für deren desolate finanzielle Situation. Es mehren sich die Hinweise auf eine Flut von Beitragsanhebungen auch bei den Krankenkassen. In der Summe ist trotz Leistungskürzungen mit einer dramatischen Beitragsentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung für das laufende Jahr und darüber hinaus zu rechnen.
- Die überfällige Senkung des Beitragssatzes in der Arbeitslosenversicherung wird auf die lange Bank geschoben.
- Die ursprünglich geplante Beitragssatzsenkung in der Rentenversicherung in Höhe von 0,1 %-Punkten zu Beginn des nächsten Jahres fällt nach Ansicht des Wirtschaftsweisen Professor Rürup aller Wahrscheinlichkeit nach aus. Dabei müsste alleine die Anhebung der Ökosteuer zu einer Beitragssatzsenkung um mindestens 0,3 %-Punkte führen.

E. Ohne Wachstum brechen die Steuereinnahmen noch stärker weg

Die – in der Steuerschätzung vom Mai 2001 noch nicht vollständig enthaltene – rapide Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in diesem Jahr wird zu erheblichen Einnahmevermindierungen führen. Nach dem von der Bundesregierung beschlossenen Haushaltsentwurf für das Jahr 2002, der auf zu optimistischen Annahmen hinsichtlich Wachstum und Beschäftigung basiert, kommt der Abbau der Neuverschuldung praktisch zum Stillstand. Das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts bis zum Jahr 2006 ist damit ernsthaft in Frage gestellt, obwohl die Investitionen und die Investitionsquote nach der Finanzplanung der Bundesregierung weiter zurückgehen. Schuldenabbau braucht Wirtschaftswachstum. Nur mit Steuerentlastungen können wieder Wirtschaftswachstum und damit zusätzliche Einnahmen erreicht werden.

F. Der Euro nähert sich seinem historischen Tiefststand – Die Politik der Bundesregierung hat daran maßgeblichen Anteil

- Seit seiner Einführung kurz nach der Regierungsübernahme durch die jetzige Koalition ist der Euro im Vergleich zum US-Dollar um über 25 % gefallen. Er hat sich seitdem nicht mehr nennenswert erholt und befindet sich in der Nähe seines historischen Tiefstandes von 0,8225 Dollar.
- Deutschland ist mit einem Anteil von einem Drittel am Bruttoinlandsprodukt des Euroraums die mit Abstand größte Volkswirtschaft im gemeinsamen Währungsraum und zieht mit seiner Wachstumsschwäche, seiner hohen Arbeitslosigkeit und seiner hohen Inflation den Euro nach unten.
- Deutschland lastet wie ein Stein auf der Wirtschaftsentwicklung des Euroraums und stellt damit die Beziehungen zu seinen europäischen Partnern sowie die Akzeptanz der Währungsunion bei der Bevölkerung auf eine harte Probe.

Die schlechte Wirtschaftslage in Deutschland ist einer der Hauptgründe für das mangelnde internationale Vertrauen in den europäischen Wirtschaftsraum.

G. Die wirtschaftliche Schwäche ist hausgemacht

Die wirtschaftliche Schwäche ist entgegen dem von der Bundesregierung erweckten Eindruck nicht in erster Linie auf außenwirtschaftliche Einflüsse zurückzuführen, sondern vor allem Konsequenz einer verfehlten Wirtschafts-, Steuer- und Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung.

Statt für mehr Flexibilität zu sorgen, hat die Bundesregierung die in der vergangenen Legislaturperiode beschlossenen Reformen rückgängig gemacht und zusätzliche Regulierungen geschaffen. Die Bundesregierung hat es versäumt, die für eine Verbesserung der Wachstums- und Beschäftigungsbedingungen erforderlichen Strukturreformen in Angriff zu nehmen. Die von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der Europäischen Union (EU), dem Internationalen Währungsfond (IWF) und den wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten immer wieder geforderten Reformen insbesondere auf dem Arbeitsmarkt sind ausgeblieben. Dies ist lange Zeit von der positiven Exportkonjunktur überlagert worden. Erst jetzt werden die negative Konsequenzen in ihrem ganzen Ausmaß augenfällig.

Die Möglichkeiten für den Abschluss befristeter Arbeitsverträge wurden eingeschränkt, die Bedingungen für Existenzgründungen durch das Scheinselbstständigkeitsgesetz verschlechtert und die Unternehmen durch einen Rechtsanspruch auf Teilzeit belastet. Die von der Koalition durchgepeitschte Ausweitung der Mitbestimmung ist nicht an den Interessen der Arbeitnehmer und Betriebe ausgerichtet.

Die von der Bundesregierung durchgesetzte Steuerreform ist einseitig an den Belangen der international tätigen Großunternehmen ausgerichtet. An den Bedürfnissen von Personenunternehmen und Arbeitnehmern geht sie vorbei. Die Steuersenkungen fallen für sie insgesamt zu gering aus und kommen vor allem viel zu spät. Die prozentuale Steuerlast durchschnittlicher Einkommen wird nach der Reform nicht geringer sein als zuvor. Durch die verschlechterten Abschreibungsbedingungen wird die Investitionskraft gerade der kleinen und mittleren Unternehmen beeinträchtigt.

Im Bereich von Energie, Telekom und Post betreibt die Bundesregierung eine Rückregulierung, die sich letztlich preistreibend auswirkt.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

II. in einem Zehn-Punkte-Programm die deutsche Wirtschaft und damit gleichzeitig den Arbeitsmarkt durch grundlegende Reformen wiederzubeleben.

Nicht erst morgen, sondern heute braucht die deutsche Wirtschaft Reformen und damit eine Perspektive für die kommenden Jahre. Die schnellstmögliche Umsetzung des folgenden Zehn-Punkte-Programms wird die Fehlentwicklungen der letzten zwei Jahre korrigieren und der deutschen Wirtschaft wieder zu alter Stärke verhelfen.

1. Sofortige Rücknahme der von der Koalition geschaffenen Beschäftigungshemmnisse

Der deutsche Arbeitsmarkt muss dringend dereguliert werden. Die dem deutschen Arbeitsmarkt in den letzten beiden Jahren auferlegten gesetzlichen Bürden wirken einstellungsfeindlich. Die Regelungsdichte ist zu hoch. Unternehmerisches Engagement wird zu wenig honoriert. Ein erster Schritt in die richtige Richtung ist es, die folgenden von der Koalition eingeführten Beschäftigungshemmnisse rückgängig zu machen:

- Gesetz zur Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse
- Gesetz gegen Scheinselbständigkeit
- Einschränkungen bei befristeten Arbeitsverhältnissen
- Gesetz zur Begründung eines Rechtsanspruchs auf Teilzeitarbeit.

2. Durchgreifende Reformen auf dem Arbeitsmarkt zur Verbesserung der Beschäftigungschancen

Weitere Reformschritte sind notwendig, die nicht nur die bislang begangenen Fehler korrigieren, sondern auch die für einen anhaltenden Beschäftigungsaufbau notwendige Flexibilität und Durchlässigkeit des Arbeitsmarktes herstellen können. Um die Einstellungschancen von Arbeitslosen zu verbessern, sollte diesen das Recht eingeräumt werden, gegen Vereinbarung einer Abfindungsregelung auf Kündigungsschutzklagen zu verzichten.

3. Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe

Um die Effektivität der beiden Systeme zu verbessern, müssen Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammengeführt und so ausgestaltet werden, dass Anreize zur Aufnahme einer Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt geschaffen werden. Die Anrechnung von Erwerbseinkommen muss reduziert werden, um die Wirkung der Sozialhilfe als Lohnuntergrenze aufzubrechen. Wer eine angebotene und zumutbare Beschäftigung ohne hinreichenden Grund ablehnt, muss den Anspruch auf soziale Leistungen verlieren.

4. Vorziehen der für die Jahre 2003 und 2005 vorgesehenen Entlastungsschritte bei der Steuerreform auf 2002

Als Sofortmaßnahme sind die für die Jahre 2003 und 2005 vorgesehenen Tarifsenkungen bei der Einkommensteuer auf das Jahr 2002 vorzuziehen. Damit wird das Belastungsniveau für Personenunternehmen dem der Kapitalgesellschaften angeglichen.

5. Schaffung eines einfachen und gerechten Steuerrechts

Das Steuerrecht ist grundlegend zu vereinfachen. Die Unternehmensbesteuerung ist rechtsformneutral zu gestalten. Arbeitnehmer und Unternehmer sind spürbar und nachhaltig zu entlasten.

6. Verzicht auf die nächsten beiden Stufen der so genannten Ökosteuer

Die so genannte Ökosteuer entzieht den Bürgern Kaufkraft, treibt die Preise und schwächt die Binnenkonjunktur. Die gesamte Ökosteuer war von Anfang an falsch angelegt. Es ist deshalb unbedingt erforderlich, als ersten Schritt auf die von der Regierungskoalition beschlossenen weiteren Erhöhungen in den Jahren 2002 und 2003 zu verzichten.

7. Schaffung einer modernen Betriebsverfassung

Die von Rot/Grün vorgenommenen Änderungen beim Betriebsverfassungsgesetz sind ein Rückschritt. Den Betrieben, insbesondere dem Mittelstand, entstehen in Folge einer Erhöhung der Zahl der Betriebsräte und der Freistellungen Zusatzkosten in Milliardenhöhe. Gebot der Stunde ist ein modernes, betriebsnahes Mitbestimmungsrecht, das Unternehmen und Beschäftigten Verhandlungssouveränität gibt und flexible Regelungen außerhalb starrer Tarifverträge ermöglicht.

8. Grundlegende Reform des Gesundheitswesens

Ohne ein geschlossenes Gesamtkonzept zur Gesundheitspolitik wird die Bundesrepublik Deutschland nicht in der Lage sein, den derzeitigen Stand bei der sozialen Absicherung des Einzelnen aufrechtzuerhalten. Die auf diesem Gebiet längst überfälligen Reformen müssen zum einen mehr Transparenz und Wahlfreiheiten für die Versicherten beinhalten, andererseits aber auch mehr Spielräume in der Vertragsgestaltung für Krankenkassen, Krankenhäuser und Ärzte eröffnen.

9. Schließung der Infrastrukturlücken, insbesondere in den neuen Bundesländern

Um die Beschäftigungschancen insbesondere in den neuen Bundesländern nachhaltig zu verbessern, muss zusätzlich durch den Einsatz neuer Finanzierungsmodelle sichergestellt werden, dass die Infrastrukturlücken schnell geschlossen werden. Dies dient nicht nur der Förderung der daniederliegenden Bauwirtschaft, sondern auch der Schließung der durch fehlende Infrastruktur bedingten Lohn-Produktivitätslücken.

10. Öffnung der Märkte

Energie-, Telekommunikations- und Postmärkte sind konsequent weiter zu öffnen.

Berlin, den 26. Juni 2001

Peter Rauen
Dr. Angela Merkel
Horst Seehofer
Gunnar Uldall
Karl-Josef Laumann
Gerda Hasselfeldt
Hansjürgen Doss
Dietrich Austermann
Wolfgang Lohmann (Lüdenscheid)
Cajus Caesar
Norbert Barthle
Otto Bernhardt
Renate Blank
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Sylvia Bonitz
Jochen Borchert
Klaus Brähmig
Leo Dautzenberg
Herbert Frankenhauser
Erich G. Fritz
Jochen-Konrad Fromme
Hans-Joachim Fuchtel
Georg Girisch
Kurt-Dieter Grill
Carl-Detlev Freiherr von Hammerstein
Hansgeorg Hauser (Rednitzhembach)
Klaus Hofbauer
Susanne Jaffke
Bartholomäus Kalb

Steffen Kampeter
Ulrich Klinkert
Hans Michelbach
Dr. Gerd Müller
Elmar Müller (Kirchheim)
Günter Nooke
Friedhelm Ost
Eduard Oswald
Dr. Bernd Protzner
Hans-Peter Repnik
Dr. Heinz Riesenhuber
Adolf Roth (Gießen)
Anita Schäfer
Hartmut Schauerte
Heinz Schemken
Karl-Heinz Scherhag
Norbert Schindler
Diethard Schütze (Berlin)
Wolfgang Schulhoff
Gerhard Schulz
Heinz Seiffert
Margarete Späte
Dorothea Störr-Ritter
Max Straubinger
Klaus-Peter Willsch
Matthias Wissmann
Dagmar Wöhrl
Elke Wülfing
Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion

